

- Weiterbildung fördern
- Mittelstand stärken

# Dauerhafte Stabilität benötigt umfassende Reformen

Die Realwirtschaft in Deutschland entwickelt sich bemerkenswert positiv. Nach dem überraschenden Frühjahrsboom ist für 2010 sogar ein Wachstum von drei Prozent denkbar. Dies war noch vor einem Jahr nicht vorstellbar. Trotz dieser euphorischen Stimmung bestehen auf den Finanzmärkten – von denen im Jahr 2007 die Finanzkrise ausging – noch Unsicherheiten. Um hier eine dauerhafte Stabilität zu erreichen, ist eine Stärkung des gesamten Finanzsystems notwendig.

Es sind insbesondere in den Bereichen der Bankwirtschaft, der internationalen Bankordnungspolitik und der Finanzpolitik weitgreifende Reformen erforderlich. Ziel muss dabei sein, die Finanzmärkte stabiler und widerstandsfähiger zu machen. Zentrale Herausforderung in der Bankwirtschaft ist eine zunehmende Rückbesinnung der Banken auf ihre Kernkompetenzen. Sie müssen ihre zukünftigen Geschäftsmodelle stärker auf die Kriterien der Risikotragfähigkeit, der Kapitalausstattung und der künftig notwendigen Verbreiterung der Kapitalbasis ausrichten. Zudem steigen durch die Beschlüsse zu Basel III die Anforderungen in einem erheblichen Umfang – insbesondere in Form einer erhöhten Eigenkapitalquote. Das Hybridkapital, welches vor allem im öffentlich-rechtlichen Sektor einen beträchtlichen Teil des aktuellen Kernkapitals deutscher Banken ausmacht, wird künftig nur noch unter bestimmten Bedingungen anerkannt. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo die Kapitalbasis durch Ratingmigrationen in den Portfolien ohnehin belastet ist. Zudem steht dem steigenden Kapitalbedarf derzeit nicht die notwendige Anzahl an Risikokapitalgebern gegenüber. Somit droht eine eingeschränkte Kreditvergabe oder sogar ein Abbau von Aktivpositionen.

## Neue Regulierungskonzepte entwickeln

Als eine Form zur Redimensionierung der Institute hat der Staat die Möglichkeit geschaffen, Risikopositionen und nicht zukunftsfähige Portfolien als sogenannte

„Anstalt in der Anstalt“ an die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung auszulagern. Die Banken sind damit sofort und unmittelbar entlastet, die Eigentümer der Banken dagegen weiterhin in der wirtschaftlichen Verantwortung. So können widerstandsfähige Banken mit nach vorne gerichteten Geschäftsmodellen entstehen. Aufseiten der internationalen Bankordnungspolitik sind neue Regulierungskonzepte zu entwickeln, um das Problem der Regulierungsarbitragen zu bekämpfen. Zum einen sollten durch gezielte regulatorische Auflagen für das abstrakte Geschäft der Banken eine Reduzierung dieser Geschäfte hin zu einer stärkeren Konzentration auf die Kerngeschäfte erreicht werden. Darüber hinaus stehen die Banken in der Pflicht, ihren Beitrag zur Absicherung systemischer Risiken zu leisten.

In Deutschland wird daher über die Bankenabgabe diskutiert. Als letztes Instrument gestattet eine Bankinsolvenzordnung – wie sie der deutsche Gesetzgeber auf den Weg gebracht hat – dem Staat, bei einem drohenden Bankrott einer Bank frühzeitig einzugreifen. Diese ermöglicht die systemrelevanten Teile der Bank rechtzeitig abzuspalten und fortzuführen, während andere Teile geordnet abgewickelt werden können.

Zwar arbeiten Deutschland, die EU und die G20-Staaten momentan an neuen Aufsichtsregeln. Man sollte vermeiden, dass durch die unterschiedlich schnell verlaufenden und international nur schwer durchsetzbaren Regulierungsbemühungen

die Regulierungsarbitrage statt zu sinken noch zusätzlich ansteigt.

Die Finanzpolitik ihrerseits sieht sich einem enorm gewachsenen Staatsdefizit gegenüber. Die hohe Schuldenlast überschattet den beginnenden Aufschwung in den Industrieländern und wirkt sich nachteilig auf die langfristige Refinanzierung der Banken aus. Eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist daher zwingend notwendig. Zusätzlich belastet die labile Lage einzelner EU-Staaten den Markt. Zwar war die Unterstützung Griechenlands alternativlos, es darf jedoch nicht der Eindruck eines Wandels der Währungsunion hin zu einer Transferunion entstehen. Änderungen des bestehenden Vertragswerks sind daher zwingend notwendig. Jedes Land wird dabei einen Teil seiner Souveränität abgeben müssen, um somit das Vertrauen in die Stabilität der Europäischen Union nachhaltig zu gewährleisten.

Es bedarf gemeinsamer internationalen Anstrengungen, um eine Wiederholung der gegenwärtigen Krise zu verhindern. Die aufgezeigten Maßnahmen wären ein konsequenter Schritt, um eine dauerhafte Funktionsfähigkeit der Märkte zu gewährleisten und das Bankensystem zukunftsfähig auszurichten.

DR. HANNES REHM

### Der Autor



Dr. Hannes Rehm ist Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung.